



lic. iur. Regula Walker, Rechtsanwältin und öffentliche Notarin, Kaltbrunn

Rechtsecke Coin juridique

Der Ehe- und Erbvertrag in der Landwirtschaft

Wie kann ich meine Partnerin – meinen Partner – für den Fall meines Versterbens absichern und gleichzeitig bestimmen, wie es mit dem Hof oder dem Betrieb weitergehen soll? Diese Fragen regelt das Gesetz alleine nicht ausreichend. In den meisten Fällen ist es unumgänglich, die wichtigen Fragen vertraglich zu regeln.

Inhaltsverzeichnis

- I Der Landwirtschaftsbetrieb in der Erbteilung
 - 1. Gesetzliche Regelung
 - 2. Vertragliche Regelung
 - 1. Schritt: Ehevertrag
 - 2. Schritt: Erbvertrag
 - a) Maximalbegünstigung des Ehegatten
 - b) Der Erblasser kann bestimmen, wer den Hof bekommt
 - 3. Formvorschriften
 - 4. Konkubinat
 - a) Kein gesetzlicher Erbenspruch
 - b) Pflichtteilsgeschützte Erben gehen vor
 - 5. Registrierte Partnerschaft
- II Das nicht-landwirtschaftliche Gewerbe in der Erbteilung
 - Zusammenfassung

I. Der Landwirtschaftsbetrieb in der Erbteilung

Susanne und Peter bewirtschaften gemeinsam einen landwirtschaftlichen Betrieb. Sie haben einen erwachsenen Sohn, der bereits eine landwirtschaftliche Ausbildung abgeschlossen hat, und zwei weitere Kinder, die noch in der Ausbildung stehen. Peter hat den Betrieb schon vor der Eheschliessung von seinem Vater übernommen. Der Hof konnte zum Ertragswert übertragen werden, wobei ein Teil des Übernahmepreises mit einem Erbvorbezug beglichen wurde. Neben den von Peter ebenfalls übernommenen Grundpfandschulden verblieb ein grösserer Betrag, für welchen ihm der Vater ein Darlehen gewährte. Dieses zahlte ihm Peter während der Dauer der Ehe vollständig zurück.

In letzter Zeit fragen sich Susanne und Peter vermehrt, wie es weitergehen soll,

wenn einem von beiden etwas zustossen würde. Drohte ein allfälliger Erbstreit alles auseinanderzureissen? Ohne eine vorausschauende Regelung in einem **Ehe- und Erbvertrag** kann der Tod des einen Partners den anderen in arge Bedrängnis bringen. Das Gesetz schützt den überlebenden Ehepartner nicht vor Forderungen der Nachkommen.

1. Gesetzliche Regelung (ohne zusätzlichen Vertrag)

Das Gesetz über das bäuerliche Bodenrecht sieht zwar vor, dass die Erbteilung aufgeschoben werden muss, wenn ein Erblasser unmündige Nachkommen hinterlässt. Erfüllt jedoch im Zeitpunkt des Erbgangs ein gesetzlicher Erbe die Voraussetzungen der Selbstbewirtschaftung, so ist das Gewerbe diesem zuzuweisen (Art. 12 BGG). Sollte im vorliegenden Fall Peter etwas zustossen, kommen sowohl die überlebende Ehefrau als auch der erwachsene Sohn als Übernehmer des Betriebs in Frage. Falls sowohl die Mutter als auch der Sohn Anspruch auf die Übernahme des landwirtschaftlichen Betriebes erheben und diesen selbst bewirtschaften wollen, geraten sie in einen Konflikt miteinander. Das Gesetz hilft ihnen dabei nicht weiter, es sieht keine Rangordnung zwischen den pflichtteilsgeschützten Erben vor. Die Mutter hätte deshalb vom Gesetz her keinen Vorrang. Falls sich Susanne aber entscheiden würde, mit den unmündigen Kindern zusammen ins Dorf zu ziehen, stellt sich ebenfalls die Frage, ob ihr mit dem gesetzlichen Erbanteil allein die finanziellen Mittel dazu reichen würden.

Sollte jedoch Susanne etwas zustossen, könnte der erwachsene Sohn vom Vater sofort seinen Erbanteil verlangen, wenn kein Ehe- und Erbvertrag besteht. Im vor-

liegenden Fall würde die Hälfte des während der Dauer der Ehe zurückbezahlten Darlehens in den Nachlass von Susanne fallen. Peter müsste den erwachsenen Sohn auszahlen. Je nach den finanziellen Verhältnissen könnte dies auch Peter in Bedrängnis bringen.

2. Vertragliche Regelung (Ehe- und Erbvertrag)

Solche und ähnliche Situationen können mit einem **Ehe- und Erbvertrag** verhindert werden. Susanne und Peter können sich **gegenseitig absichern** und die Verhältnisse **für den überlebenden Ehegatten** optimal regeln. Ein Ehe- und Erbvertrag kann jederzeit abgeschlossen werden, vor oder nach der Eheschliessung und auch noch in fortgeschrittenem Alter, wenn die Kinder bereits ausgeflogen sind. Unbedingt erforderlich ist die **öffentliche Beurkundung** durch einen Notar oder einen dafür zugelassenen Rechtsanwalt. **Handschriftlichkeit** wie beim Testament **genügt nicht**.

1. Schritt: Der Ehevertrag

Der Tod löst die Ehe auf. In der Erbteilung wird daher wie bei einer Scheidung zuerst die güterrechtliche Auseinandersetzung vorgenommen, bevor der Umfang des Nachlasses festgestellt werden kann. In der güterrechtlichen Auseinandersetzung wird – sofern kein Ehevertrag besteht – die **Errungenschaft** beider Ehegatten zusammengezählt und auf beide je hälftig aufgeteilt. Das bedeutet, dass alles, was während der Dauer der Ehe **aus Einkommen und Vermögensertrag** hinzugekommen ist, je hälftig auf beide Ehepartner aufgeteilt wird. Im Beispiel von Susanne und Peter wäre auch das Darlehen, welches Peter seinem Vater während der Dauer der Ehe zurückgezahlt hat, Errungenschaft. Sollte ein Ehegatte versterben, würde die Hälfte dieses Betrags in den Nachlass fallen und müsste mit den übrigen Erben geteilt werden. Dem überlebenden Ehegatten ist es aber nicht immer möglich, die Erben auszuzahlen. Um dies zu verhindern, wird im Ehevertrag festgehalten, dass in Abänderung der gesetzlichen

Regelung von Art. 215 ZGB die Summe der beiden Errungenschaften, der sogenannte «Vorschlag», vollumfänglich dem überlebenden Ehegatten zustehen soll (Art. 216 ZGB). Der überlebende Ehegatte kann somit nach dem Tod des Ehepartners alles behalten, was während der Ehe angespart und erwirtschaftet worden ist. Susanne und Peter könnten somit sicher sein, dass ihnen nach dem Tod des einen die gesamten während der Ehe getätigten Ersparnisse zustehen. Denkbar ist auch eine andere Aufteilung des Vorschlags, oder die Zuweisung bestimmter Vermögenswerte zum Eigentum eines Ehegatten, sodass diese gar nicht zum Errungenschaftsvermögen hinzugezählt werden (Art. 199 ZGB). Mit einer rechtskundigen Beratung kann die optimale Lösung gefunden werden.

2. Schritt: Der Erbvertrag

Der Erbvertrag erfüllt grundsätzlich die Funktion eines gegenseitigen Testaments, mit welchem gemeinsame Verfügungen getroffen werden. Er kann aber auch einseitige Verfügungen, die nur das Vermögen des einen Partners betreffen, enthal-

ten. Er enthält auch Bestimmungen für den Fall des gemeinsamen Versterbens.

a) *Maximalbegünstigung des Ehegatten*

Mit dem Erbvertrag gibt es verschiedene Möglichkeiten, den überlebenden Ehepartner zu bedingstigen. Die Kinder werden auf den Pflichtteil gesetzt und dem Ehepartner die freiwerdende Quote vom Nachlass zusätzlich zu seinem gesetzlichen Erbsanspruch zugeteilt. Wahlweise kann der überlebende Ehegatte aber auch die frei verfügbare Quote von einem Viertel zu Eigentum und den Rest zur Nutznießung beanspruchen. Mit dieser Formulierung überlässt man dem überlebenden Ehegatten die Möglichkeit, je nach den finanziellen Verhältnissen und Familienkonstellation die für ihn bessere Option zu wählen. Wählt er die zweite Möglichkeit, nämlich die Nutznießung unter Zuwendung der freien Quote zu Eigentum, muss er **den Nachkommen vom gesamten Vermögen noch gar nichts auszahlen**, kann also mit Sicherheit in den bisherigen Verhältnissen weiterleben. Die Nachkommen müssen dann mit der Erbschaft zuwarten,

bis der zweite Elternteil ebenfalls verstorben ist. **Nicht gemeinsamen** Kindern ist diese Regelung allerdings nicht zuzumuten, diese haben im Zeitpunkt des Todes ihres Elternteils in jedem Fall Anspruch auf Ausrichtung ihres **Pflichtteils**.

b) *Der Erblasser kann bestimmen, wer den Hof bekommt*

Will der Erblasser sicher stellen, dass das **landwirtschaftliche Gewerbe** von einem bestimmten Erben übernommen werden kann, muss er es diesem mit einer Verfügung im Erbvertrag **zuweisen**. Unter den gesetzlichen Erben besteht von Gesetzes wegen keine Rangordnung, sofern der Erbe den Betrieb selbst bewirtschaften will und dazu über die notwendige Ausbildung verfügt. Wenn der Erblasser daher im Erbvertrag seine **Ehefrau** als Übernehmerin des landwirtschaftlichen Gewerbes bezeichnet, hat der **Sohn** keine rechtliche Möglichkeit, den Betrieb an sich zu ziehen. Seine einzige Möglichkeit besteht darin, zu bestreiten, dass seine Mutter die gesetzlichen Voraussetzungen zur Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebs erfülle

(dazu Art. 4 der Direktzahlungsverordnung). Das Gleiche gilt, wenn der Erblasser den Hof einem bestimmten Nachkommen zuweist und ein anderes Kind ebenfalls Interesse an der Übernahme des Betriebs zeigt. Der übernehmende Nachkomme muss sich den Hof in der Erbteilung nur zum **Ertragswert** anrechnen lassen. Wenn mehrere Erben Interesse an der Übernahme des Hofes haben, kann es deshalb leicht zu Streit kommen. Eine klare Regelung in einem Erbvertrag oder einem Testament ist in einem solchen Fall deshalb dringend zu empfehlen.

Im Erbvertrag können zahlreiche weitere Anordnungen getroffen werden, zum Beispiel auch für den Fall, dass sich der überlebende Ehegatte wieder verheiraten würde. Jeder Betrieb und jede Familienkonstellation sind unterschiedlich. Eine umfassende und auf die individuellen Verhältnisse abgestimmte Beratung bei einem in landwirtschaftlichen Belangen erfahrenen Notar oder Rechtsanwalt ist deshalb unerlässlich.

3. Formvorschriften

Auch für den Erbvertrag ist die **öffentliche Beurkundung** erforderlich. Unbedingt zu beachten ist, dass ein handschriftliches Testament, welches von beiden Ehegatten gemeinsam unterzeichnet wird, **ungültig** ist! In der Praxis wird regelmässig der Ehe- und Erbvertrag in einer **einzig** Urkunde vereinigt. Der Gang zum Notar ist deshalb nur ein einziges Mal erforderlich.

4. Konkubinats

Sind Susanne und Peter nicht miteinander verheiratet, sondern leben im Konkubinats zusammen, sind die Möglichkeiten, einander im Hinblick auf den Tod des einen finanziell abzusichern, **sehr begrenzt**. Die volle Begünstigung des Konkubinatspartners ist nur möglich, wenn keine Pflichtteilserben vorhanden sind.

a) Kein gesetzlicher Erbsanspruch

Der Konkubinatspartner hat **keinen gesetzlichen Erbsanspruch**. Der Abschluss eines Erbvertrags ist zwar gleichwohl möglich, aber die Ansprüche der pflichtteils-geschützten Erben bleiben gewahrt. Bei Nachkommen beträgt der Pflichtteil $\frac{3}{4}$ ihres gesetzlichen Anspruchs, d.h. die freie Quote, welche dem Konkubinatspartner zugewendet werden kann, beträgt lediglich **ein Viertel** des gesamten Nachlasses. Auch hat der Konkubinatspartner keinen güterrechtlichen Anspruch am Vermögen, welches der andere während der Dauer

des Zusammenlebens angespart hat. In einem Konkubinatsverhältnis entsteht **kein gemeinsames Vermögen**, jeder behält, was ihm gehört. Falls keine Nachkommen vorhanden sind, ist nicht zu vergessen, dass auch **die Eltern** pflichtteilsgeschützt sind. Der Konkubinatspartner bzw. die Konkubinatspartnerin kann deshalb mit einem Erbvertrag nur umfassend begünstigt werden, wenn die Eltern einen Erbverzicht erklären. In den meisten Kantonen fallen zudem beim überlebenden Konkubinatspartner **Erbschaftssteuern** an. Sind aber weder Nachkommen noch Eltern vorhanden, kann der Konkubinatspartner als **Alleinerbe** eingesetzt werden. Die Geschwister haben keinen Pflichtteil und gehen in einem solchen Fall leer aus.

b) Pflichtteilsgeschützte Erben gehen vor

Für landwirtschaftliche Betriebe gelten zudem die Vorschriften von Art. 11 und 19 BGBB. Wenn der Konkubinatspartner als Erbe eingesetzt wird, kann ihm auch das landwirtschaftliche Gewerbe zugewiesen werden, sofern keine pflichtteilsgeschützten Erben Anspruch darauf erheben. Die diesbezüglichen Regelungen sind kompliziert. **Die Übernahme eines landwirtschaftlichen Gewerbes in der Erbteilung durch den Konkubinatspartner wird in den seltensten Fällen realisierbar sein**. Unter diesem Aspekt ist allenfalls **eine Heirat zu prüfen**.

5. Registrierte Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare

Mehr Möglichkeiten haben gleichgeschlechtliche Paare, die in eingetragener Partnerschaft leben. Nach dem Gesetz über die eingetragene Partnerschaft vom 18. Juni 2004 sind eingetragene Partner und Partnerinnen im **Erbrecht** den verheirateten Paaren **gleichgestellt**. Für das in der Partnerschaft angesparte Vermögen gelten aber nicht dieselben Regeln wie in einer Ehe. Es entsteht keine Errungenschaft, die geteilt werden muss. Mit einem **Vermögensvertrag** kann diese Regelung abgeändert werden. Mit einem solchen Vertrag, der ebenfalls **öffentlich zu beurkunden** ist, können die Partner bzw. Partnerinnen gemeinsam vereinbaren, dass für sie die eherechtlichen Bestimmungen über die Errungenschaftsbeteiligung ebenfalls gelten (Art. 25 PartG). Gleichgeschlechtliche Paare in registrierter Partnerschaft können einander deshalb mit einem **öffentlich beurkundeten Vermögens- und Erbvertrag** annähernd gleich gut absichern wie Ehepaare.

II. Das nicht-landwirtschaftliche Gewerbe in der Erbteilung

Führen die Ehegatten bzw. die Partner oder Partnerinnen ein nicht-landwirtschaftliches Gewerbe, zum Beispiel eine Schweinezucht mit Käserei, gelten hinsichtlich der Maximalbegünstigung des überlebenden Partners dieselben Grundsätze wie im oben skizzierten Beispiel des Bauernpaares Susanne und Peter. Nur mit einem **Ehe- und Erbvertrag** kann sichergestellt werden, dass der überlebende Ehegatte optimal abgesichert ist und den Betrieb weiterführen kann. Auf die Auflagen und Bedingungen des BGBB, die nur für das landwirtschaftliche Gewerbe gelten, muss keine Rücksicht genommen werden. Mit einer **Teilungsvorschrift** im Erbvertrag kann der Betrieb dem überlebenden Ehegatten auf Anrechnung an seinen Erbanspruch zu Eigentum zugeteilt werden. Die Nachkommen können auf den Pflichtteil gesetzt werden. Auch die oben aufgezeigte Lösung mit der Nutzniessung und der Zuweisung der freien Quote zu Eigentum ist möglich. Dabei ist zu beachten, dass im nicht-landwirtschaftlichen Bereich in der Erbteilung immer der **Verkehrswert** gilt, sofern im Ehe- Erbvertrag nichts anderes verfügt wurde. Falls ein bestimmter Nachkomme als Betriebsnachfolger oder – nachfolgerin vorgesehen ist, kann dieser im Erbvertrag begünstigt werden, damit ihm die Weiterführung des Betriebs möglich ist. Dabei sind jedoch mindestens die Pflichtteile der übrigen Erben zu beachten.

Zusammenfassung

Das Erbrecht in der Landwirtschaft ist komplex. Die gesetzliche Regelung alleine genügt nicht, um den überlebenden Partner abzusichern. In den meisten Fällen sorgt nur der Abschluss eines Ehe- und/oder Erbvertrags für Sicherheit und klare Verhältnisse. Dabei sind die Formvorschriften unbedingt zu beachten (öffentliche Beurkundung). Für alle Paare empfiehlt sich deshalb eine frühzeitige Beratung bei einem in landwirtschaftlichen Belangen erfahrenen Notar oder Rechtsanwalt. ■

Les contrats de mariage et de succession dans l'agriculture

La loi règle insuffisamment les questions de succession en cas de décès. Dans la plupart des cas, la conclusion d'un contrat s'avère indispensable.

I. L'exploitation agricole dans le partage successoral

Susanne et Peter gèrent ensemble une exploitation agricole. Ils ont un fils adulte qui a déjà achevé sa formation agricole et deux autres enfants encore en formation.

1. Réglementation juridique (sans contrat supplémentaire)

La Loi sur le droit foncier rural prévoit certes que le partage successoral doit être reporté lorsque le défunt laisse des descendants mineurs. Si, toutefois, un héritier légal remplit les conditions de l'exploitation à titre personnel au moment de l'ouverture de la succession, l'entreprise doit lui être attribuée (art. 12 LDFR).

Si dans le cas présent, il devait arriver quelque chose à Peter, aussi bien l'épouse survivante que le fils adulte entreraient en ligne de compte comme reprenneur de l'exploitation. Si Susanne décidait de déménager au village avec les enfants mineurs, il n'est pas certain que sa part héréditaire légale constituerait des moyens financiers suffisants pour poursuivre ce but.

Si par contre il arrivait quelque chose à Susanne et si aucun contrat de mariage et de succession n'a été conclu, le fils adulte pourrait réclamer immédiatement à son père sa part héréditaire. Dans le cas présent, la moitié des prêts remboursés pendant la durée du mariage constituerait la succession de Susanne. Peter devrait dédommager le fils adulte. Selon sa situation financière, cela pourrait également mettre Peter dans une situation difficile.

2. Réglementation contractuelle (contrat de mariage et de succession)

De telles situations pourraient être empêchées avec la conclusion d'un **contrat de mariage et de succession**. Un **acte authentique** devant notaire ou avocat habilité pour cela est strictement nécessaire. Un **acte manuscrit** comme pour un testament ne suffit pas.

1^{re} étape: le contrat de mariage

Le décès engendre la dissolution du mariage. Dans le partage successoral comme dans un divorce, il est tout d'abord procédé à la liquidation du régime matrimonial avant de pouvoir déterminer les biens de la succession. En l'absence d'un contrat de mariage,

les **acquêts** des deux conjoints sont additionnés et répartis par moitié entre les deux époux. Cela signifie que tout ce qui s'est ajouté pendant la durée du mariage comme **revenus et rendement de la fortune** est réparti par moitié entre les deux époux. Si l'un des conjoints venait à disparaître, la moitié de ce montant tomberait dans la succession et devrait être partagé avec les autres héritiers. Il n'est cependant pas toujours possible pour le conjoint survivant de dédommager les héritiers. Afin de l'éviter, il est stipulé dans le contrat de mariage qu'en cas de modification de la réglementation légale de l'art. 215 CC, la somme des deux acquêts, la dite «participation au bénéfice», doit revenir intégralement au conjoint survivant (art. 216 CC).

2^e étape: le contrat de succession

Le contrat de succession remplit en principe la fonction d'un testament mutuel, par lequel des décisions conjointes sont convenues. Mais il peut également contenir des décisions unilatérales concernant uniquement les biens d'un des conjoints. Il contient également des dispositions en cas de disparition des deux conjoints.

a) Favorisation maximale des conjoints

Le contrat de succession apporte différentes possibilités de favorisation du conjoint survivant. Les enfants se voient limités à leur part de réserve légale et le taux de succession libéré est attribué en supplément du droit de succession légal du conjoint. Mais le conjoint survivant peut au choix également revendiquer le taux librement disponible à un quart comme propriété et le reste comme usufruit.

b) Le défunt peut déterminer qui reçoit la ferme

Si le défunt souhaite s'assurer que l'**entreprise agricole** puisse être reprise par un héritier en particulier, il doit l'**assigner** avec une disposition dans le contrat de succession. De par la loi, il n'existe pas d'ordre de préséance entre les héritiers légaux pour autant que l'héritier veut exploiter à titre personnel l'exploitation et dispose de plus de la formation nécessaire.

3. Formalités

Un **acte authentique** est également requis pour le contrat de succession. Il est important de signaler qu'un testament manuscrit signé par les deux conjoints n'est pas **valable**! Dans la pratique, le contrat de mariage et celui de succession sont établis dans un **même acte**. Un seul passage devant le notaire est alors nécessaire.

4. Concubinat

Si Susanne et Peter n'étaient pas mariés mais vivaient ensemble en concubinage, les possibilités d'assurer l'avenir financier dans l'optique du décès d'un des conjoints seraient **très limitées**. Favoriser entièrement un concubin **n'est possible qu'en l'absence d'héritiers réservataires**.

a) Pas de droit de succession légal

Le concubin ne possède **pas de droit de succession légal**. La conclusion d'un contrat de succession est certes néanmoins possible mais les droits des héritiers réservataires demeurent garantis. En cas de descendants, la réserve héréditaire s'élève à $\frac{3}{4}$ de leurs droits légaux, c'est-à-dire que la quotité disponible pouvant être gratifiée au concubin ne s'élève qu'à seulement **un quart** de la succession totale.

b) Les héritiers réservataires sont prioritaires

Pour les exploitations agricoles, les dispositions des art. 11 et 19 de la LDFR sont également valables. Lorsque le concubin est fait légataire, l'exploitation agricole peut lui être également attribuée pour autant qu'aucun héritier réservataire ne réclame son droit. Les réglementations à ce sujet sont compliquées. **La reprise d'une entreprise agricole dans un partage successoral par un concubin n'est réalisable que dans ces cas extrêmement rares**.

II. L'entreprise non agricole dans le partage successoral

Si le couple resp. le ou la partenaire gère une entreprise non agricole, par exemple un élevage porcin avec fromagerie, les mêmes principes que dans l'exemple présenté sont valables concernant la favorisation maximale du conjoint survivant. Seul un **contrat de mariage et de succession** peut assurer que le conjoint survivant est assuré et peut continuer à gérer l'exploitation. Les obligations et conditions de la LDFR qui ne sont valables que pour les entreprises agricoles ne doivent pas être prises en compte. À noter que dans le domaine non agricole, la **valeur vénale** s'applique toujours dans le partage successoral pour autant que rien n'est contenu dans le contrat de mariage/de succession.

Résumé

Le droit de succession dans l'agriculture est complexe. La réglementation juridique seule ne suffit pas à assurer le conjoint survivant. C'est pourquoi un conseil précoce est recommandé à tous les couples auprès d'un notaire ou d'un avocat expérimenté sur les questions agricoles. |